

direkt 18

ANALYSEN, BERICHTE, GRAFIKEN ZU DEN THEMEN ARBEIT, WIRTSCHAFT UND SOZIALES

Inhalt

TARIFRUNDE

Höchste Zeit für einen Ausgleich

Seite 2

TARIFRUNDE

Höhere Löhne helfen der Konjunktur

Seite 3

STICHWORT

Trainee-Programm der IG Metall

Seite 4

GESUNDHEITSFONDS

Es wird mal wieder teurer

Seite 5

IM GESPRÄCH

Der Fonds schafft neue Probleme

Seite 5

VERTRAUENSLEUTE

Stark durch Beteiligung

Seite 6

GUT GEMACHT!

Bildung mit Plan und Beratung

Seite 6

ARBEIT UND RECHT

Zugesagte Abfindung muss gezahlt werden

Seite 7

INFOS, TIPPS, LESERBRIEFE

Ratgeber viersprachig

Seite 8

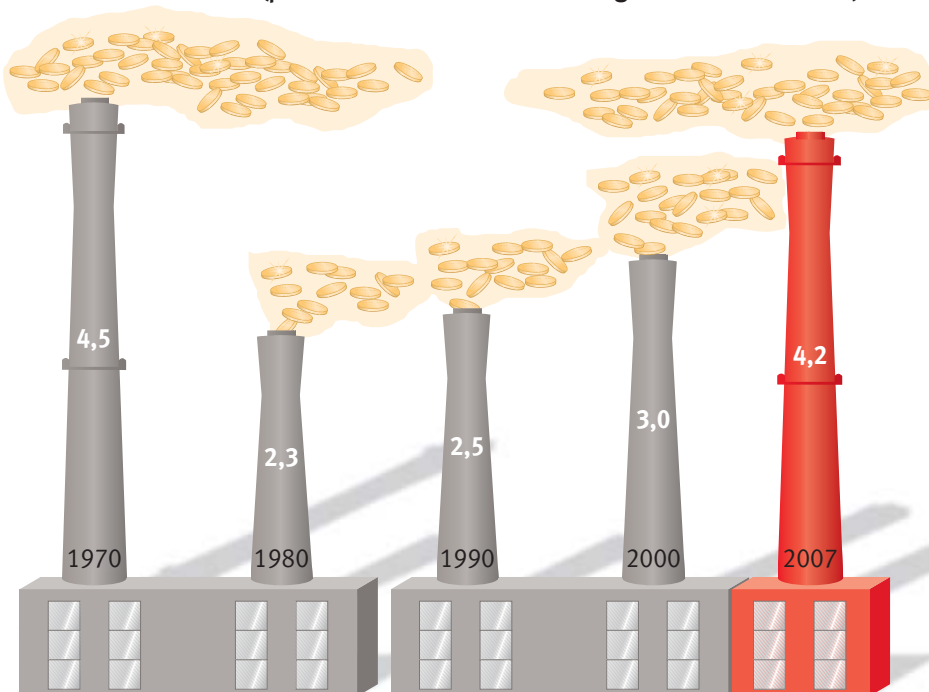
Tarifrunde

Für Warnstreiks gewappnet

Massive Kritik hat IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer an der Hinhaltetaktik der Arbeitgeber geübt. Sie sollen endlich ein Angebot machen. Die IG Metall bereitet sich auf bundesweite Warnstreiks Anfang November vor. Mitte November entscheidet der Vorstand, wie es weitergeht. | **Fortsetzung auf Seite 3 »**

Höchste Gewinne seit 1970

Die Umsatzrendite der Unternehmen der deutschen Metall- und Elektroindustrie (prozentualer Anteil der Nettogewinne am Umsatz):



Quelle: Gesamtmetall

© direkt | 18 | 2008

Extranet

❖ **Tarifrunde M+E:** Aktuelle Berichte zu den Verhandlungen

❖ **Flugblatt:** »Plus statt Panikmache« – Gründe für acht Prozent

❖ **Herbstgutachten:** Wirtschaftsinstitute erwarten keine Rezession

Das Extranet bietet einen täglichen Infodienst: www.extranet.igmetall.de

Wie mobilisiert ihr im Betrieb für die Tarifrunde?

Die Metall-Tarifrunde wird nicht einfach. Viele Betriebe richten sich auf Warnstreiks ein. Vertrauensleute berichten über die Stimmung in ihren Betrieben und darüber, wie sie sich vorbereiten.

Thorsten Dietter, VK-Leitung, Bosch, Reutlingen:

»Wir müssen den Leuten die durch Zeitungsmeldungen zur Finanzkrise geschürte Angst nehmen. Da ist es jetzt wichtig, mit den Kollegen zeitnah zu kommunizieren, vor allem persönlich über unsere 250 Vertrauensleute im Betrieb. Bosch verdient glänzend, hat alle Rekorde getoppt. Die Beschäftigten verdienen eine Beteiligung und Anerkennung. Wir planen mehrere Aktionen in neuer, anderer Form.«



Fotos: Dirk Erb

Cora Schwittling, Betriebsrätin, Daimler Bremen

»Wir sind der Meinung, acht Prozent sind noch zu wenig! In den vergangenen Jahren gab es immense Gewinne für die Autohersteller auf der einen Seite, und auf der anderen Seite sind die Lebenshaltungskosten immer weiter gestiegen. Es ist höchste Zeit für einen Ausgleich. Wir, die Vertrauenskörperleitung, rechnen mit einer harten Tarifrunde, sind uns aber sicher, gut gerüstet zu sein.«



Husein Hasanbegovic, VK-Leitung, Nordischer Maschinenbau Baader, Lübeck:

»Wir kennen unsere guten Betriebsergebnisse der letzten Jahre. Und wir haben eine Umfrage unter den Beschäftigten gemacht. Die große Mehrheit ist für acht Prozent, für zwölf Monate trotz der Finanzkrise. Wir werden die Tarifrunde mit der Finanzkrise verbinden. Bei Geld für die Rente wird gejammert, aber für die Finanzkrise sind zig Milliarden da. Das passt nicht zusammen.«



Thomas Scherer, VK-Leitung, ABB Hanau:

»Unser Auftragsstand ist wie nie. Die Gewinne explodieren. Mobilisieren werden wir wie immer zur Tarifrunde. Ein Problem ist die lange Laufzeit des letzten Abschlusses. Unsere Leute kommen dadurch etwas aus der Übung. Und vor einem halben Jahr wäre alles einfacher gewesen als jetzt.«



Realwirtschaft schützen – Finanzmärkte regulieren

Drei Jahrzehnte Deregulierung haben das Finanzsystem an den Rand des Einsturzes gebracht. Damit sich eine solche Krise nicht wiederholen kann, fordert die IG Metall ein Zehn-Punkte-Programm gegen Finanzspekulationen.

Das Zehn-Punkte-Programm der IG Metall

- ❖ **Haftungsverbund aller deutschen und europäischen Banken:** Wenn eine Bank sich verreckt, zahlen die Wettbewerber und nicht die Steuerzahler die Zeche.
- ❖ **Leerverkäufe generell verbieten:** Und nicht nur befristet und nicht nur für Bankaktien.
- ❖ **Effektive internationale Finanzmarktaufsicht schaffen:** Die Selbstverpflichtungen der Branche und Kontrollen haben versagt.
- ❖ **Finanzmarkt-TÜV einführen:** Finanzmarktprodukte müssen standardisiert, geprüft und zugelassen werden.
- ❖ **Finanzmarktgeschäfte nur noch über die Börse zulassen:** Und nicht mehr im Direkthandel der Banken untereinander.
- ❖ **Ratingagenturen kontrollieren:** Ein staatliches Zulassungsverfahren und öffentliche Qualitätskontrolle für Ratingagenturen muss eingeführt werden.
- ❖ **Risiken müssen in eigenen Büchern geführt werden:** Kreditrisiken dürfen von den Banken nicht mehr zu 100 Prozent an Dritte weitergegeben werden. Mindestens 30 Prozent der eingegangenen Risiken sollten die Banken in den eigenen Büchern führen.
- ❖ **Eigenkapital der Banken kontrollieren:** Angemessene Eigenkapitalunterlegung von Bankgeschäften und Verbot von Zweckgesellschaften ohne Eigenkapitalverpflichtungen.
- ❖ **Finanzmarktstandards müssen weltweit eingehalten werden:** Bereits vorhandene weltweite Finanzmarktstandards wie Basel II müssen auch weltweit – einschließlich der USA – angewendet und gute Vorschläge, wie die des Financial Stability Forums (FSF), müssen umgesetzt werden. Das FSF wurde 1999 auf Initiative der G7 gegründet, um die Stabilität des internationalen Finanzsystems zu stärken und Risiken zu vermindern.
- ❖ **Einführung einer Finanztransaktionssteuer:** Eine europäische Finanztransaktionssteuer soll auf Wertpapier- und Devisenkäufe erhoben werden. Das reduziert die Spekulation und die kurzfristige Orientierung der Märkte.

Impressum

direkt Der Infodienst der IG Metall

Herausgeber: Berthold Huber, Detlef Wetzel, Bertin Eichler, IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main

Redaktionsleiterin: Susanne Rohmund (verantw. i. S. d. P.)

Chefredakteurin: Susanne Rohmund

Chefin vom Dienst: Ilka Grobe

Redaktion: Fritz Arndt, Dirk Erb, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus **Bildredaktion:** Michael Schinke

Vertrieb: Reinhold Weißmann, Tel.: 069-66 93-22 24,

Fax: 069-6693-25 38, vertrieb@igmetall.de

Druck: apm AG, Darmstadt, Anzeigen: Patricia Schledz,

Tel.: 06151-8127-0, Fax: 06151-80 93 98, schledz@zweiplus.de

direkt im Internet: www.igmetall.de/direkt

Telefon der Redaktion: 069-6693-2633, Fax: 069-6693-2000

E-Mail: direkt@igmetall.de

Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Höhere Löhne bringen die Konjunktur wieder in Schwung

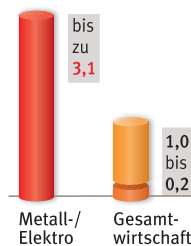
»Wir brauchen jetzt Stabilität und Wachstum« – IG Metall-Vorstandsmitglied Helga Schwitzer dringt angesichts der wirtschaftlichen Unsicherheit auf ein schnelles Tarifiergebnis. Sie fordert von den Arbeitgebern ein faires Angebot.

Die jüngste Prognose der Wirtschaftsinstitute ist aus Sicht der IG Metall kein Grund, ihre Forderung zu korrigieren. In ihrem Herbstgutachten gehen die Institute von einem Plus von 0,2 bis ein Prozent aus. Da der Export angesichts der globalen Krise als Konjunkturmotor ausfällt, fordern viele Experten zurzeit, die Inlandsnachfrage zu beleben. Das will auch die IG Metall mit höheren Löhnen erreichen. Berthold Huber nennt die Tarifforderung darum einen »Stabilitätsfaktor für die Konjunktur«.

Die Finanzkrise hat bisher auf die Metallindustrie kaum Auswirkungen. Die Firmen hätten ihre Eigenkapitalbasis in den letzten Jahren gestärkt und ihre Abhängigkeit von Fremdfinanzierung verringert, sagte Jan Stefan Roell, Verhandlungsführer der Metallarbeitgeber im Südwesten. Die Produktionsstopps in einigen Autowerken waren weniger Folge der Finanzkrise als einer falschen Modellpolitik. Sie

Metall stärker

Die deutsche Wirtschaft wächst 2008 im Vergleich zu 2007 um soviel Prozent:



Prognosen der Wirtschaftsinstitute/IG Metall (Oktober)

Quelle: IG Metall
© direkt | 18 | 2008

Tarif-Infos

Aktuelles

Täglich über den neuesten Stand berichtet das Extranet. Mehr gibt es auch unter:

► www.metall-tarifrunde-2008.de

waren meist schon vor etlichen Monaten beschlossen worden, wie Betriebsräte zum Beispiel von Opel und Ford berichten.

Ein Angebot der Arbeitgeber wird in der dritten Verhandlungsrunde erwartet. Sie beginnt Ende Oktober. Wenn die Arbeitgeber nichts Diskussionswürdiges vorlegen, ist die IG Metall auf Warnstreiks ab der ersten Novemberwoche vorbereitet. In der zweiten Runde hatte Roell statt eines Angebots den Gesammetall-Vorschlag eines »Metallgipfels« präsentiert. Berthold Huber wies ein solches Spitzengespräch umgehend als »taktisches Manöver« zur Verzögerung der Verhandlungen zurück.

Die Streikkasse der IG Metall ist gut gefüllt, berichtete Huber in der jüngsten Vertrauensleutekonferenz. Die IG Metall hat ihr Geld überwiegend in Renten- und festverzinsliche Papiere angelegt. »Wenn etwas sicher ist in diesen Tagen, ist es die Streikkasse der IG Metall.« ■

BILDUNGSSCHANCEN

Gebühren schrecken

Die IG Metall sieht sich durch eine Studie des Hochschulinformationssystems (HIS) bestätigt. Danach werden vor allem Arbeiterkinder durch Gebühren vom Studium abgeschreckt. Allein 2006 haben sich 18 000 Jugendliche deswegen nicht an Hochschulen eingeschrieben. Die IG Metall ist nach wie vor gegen Gebühren. Berthold Huber nennt die soziale Auslese »schreiend ungerecht. Bildungsabschlüsse entscheiden über Lebenschancen«. ■

GIessereien

Liefertreue und Qualität

Die Gießerei-Industrie ist in Deutschland weiter im Aufwind. Zwar wächst der Umsatz in diesem Jahr nicht um zweistellige Prozentzahlen wie in den letzten Jahren. Doch auch diesem Jahr wird die Branche deutlich zulegen. Wichtigster Absatzmarkt bleibt das Inland. Dabei punktet die Branche vor allem mit ihrer guten Qualität und Liefertreue. ■

Mehr zum Thema unter:

► www.extranet.igmetall.de
→ Branchen → Eisen & Stahl

Ausbildungsangebot

Immer noch mangelhaft

Die aktuelle Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist für IG Metall-Vorstandsmitglied Regina Görner kein Grund zur Entwarnung. Zwar gibt es zum ersten Mal seit Jahren mehr offene Stellen als Ausbildungssuchende. Das liege aber vor allem an den gesunkenen Schulabgängerzahlen. Nach Einschätzung der IG Metall suchen noch knapp 82 000 Altbewerber aus den Vorjahren eine Ausbildung. Sie drehen zurzeit eine Warteschleife. ■

TARIFRUNDE

Material für »mehr auf die Krallen. Für alle«

Wirtschaftliche Fakten und eine Grafik bietet das »Argument des Tages« jeden Tag neu im Extranet. Dort gibt es auch weitere aktuelle Infos und Argumente. Außerdem: die Aktionsmaterialien, wie Plakate, Tragebanner, Fanklatschen,

Materialien

Immer auf dem Laufenden hält euch das Angebot unter:

► www.extranet.igmetall.de → Themen
→ Tarifpolitik
→ Tarifrunde M+E

Türanhänger oder den Tarifrapp. Und das bundesweite Flugblatt der **metallzeitung** »Plus statt Panikmache«. »Mehr auf die Krallen. Für alle«, heißt eine Tarifzeitung speziell für die Jugend. Sie gibt es in den Verwaltungsstellen. ■

❖ GUTE ARBEIT

Viele Seiten der Debatte

Wenn zwei von guter Arbeit sprechen, meinen sie nicht immer dasselbe. Das aktuelle Handbuch »Gute Arbeit« gibt einen Überblick über die Debatte und lässt unterschiedliche Positionen zu Wort kommen. Ausführlich geht das Buch auf psychische Belastungen ein und was Betriebsräte dagegen tun können. Außerdem bietet es ausführliche Statistiken. ■

Das Buch gibt es unter:

► www.extranet.igmetall.de
→ Themen → Arbeit und Betrieb → Gute Arbeit

❖ TAGUNG

Blinder Fleck Bildung

In kaum einem anderen Land hängen Bildungschancen so stark von der sozialen Herkunft ab wie in Deutschland. Über die Frage, wie sich soziale Ungleichheiten im Bildungssystem abbauen lassen, diskutieren die Teilnehmer einer Tagung der Hans-Böckler-Stiftung vom 13. bis 15. November in Berlin. ■

Mehr zur Tagung »(K)eine Bildung für alle – Deutschlands blinder Fleck«:

► www.boeckler.de
→ Veranstaltungen

❖ ELEKTROINDUSTRIE

Abwärtsspirale für Frauen

In der Elektroindustrie verschlechtert sich die Beschäftigungssituation für Frauen schleichend. Wie eine Studie der IG Metall zeigt, nahm der Anteil der Frauen in gering bezahlten Beschäftigungsverhältnissen wie Minijobs oder Teilzeitarbeit in den letzten Jahren zu. Auch Stellenabbau in der Branche trifft Frauen wesentlich häufiger als Männer. ■

Die gesamte Studie unter:
► www.extranet.igmetall.de
→ Themen → Gleichstellung

WAS IST EIGENTLICH DAS ...

Trainee-Programm?

In ihrem Trainee-Programm bildet die IG Metall systematisch zukünftige Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre aus. Der zwölfmonatige Ausbildungsgang umfasst zahlreiche thematische und methodenbezogene Seminare sowie mehrwöchige Praxiseinsätze in IG Metall-Gliederungen und Betrieben. Ziel ist, den Trainees Grundlagen für die hauptamtliche politische Arbeit in der IG Metall zu vermitteln.

Die Voraussetzungen für Trainees sind: Erfahrung in der betrieblichen Interessenvertretung oder Studium, soziale Kompetenz und gewerkschaftliches oder politisches Engagement. Als Vergütung erhalten Trainees derzeit 3050 Euro monatlich.

Die Auswahl der Trainees trifft ein Team der Personalabteilung der IG Metall in einem mehrstufigen Verfahren, unter Mitbestimmung des Betriebsrats.

Seit Beginn im Jahr 2000 sind über 200 Nachwuchskräfte im Trainee-Programm ausgebildet worden. Sie arbeiten in Verwaltungsstellen,

Bezirksleitungen, Bildungsstätten und beim Vorstand der IG Metall. Bisher laufen zwei Ausbildungsgänge im Jahr mit insgesamt 24 Trainees. Die Anzahl soll nun auf 34 Trainees erhöht werden. Die IG Metall will die Trainee-Ausbildung ausweiten. Denn in den nächsten Jahren scheiden viele IG Metall-Beschäftigte altersbedingt aus. Der Großteil der Trainees soll nach der Ausbildung in den Verwaltungsstellen arbeiten.

Auch inhaltlich wird die Trainee-Ausbildung vom kommenden Jahr an erweitert.

»Wir nehmen mehr Praxis vor Ort neu in das Programm«, sagt Rainer Gröbel, Leiter des Funktionsbereichs Organisation und Personal. »Und in der Theorie bekommen Themen wie Organizing, die Erschließung von Betrieben ohne Betriebsrat – das Zugehen auf Menschen generell eine wichtigere Rolle als bisher.«

So soll das Trainee-Programm nicht nur personell verjüngen, sondern auch inhaltlich zur Zukunftsfähigkeit der IG Metall beitragen. ■

Infos

❖ **Infos im Internet**

Hier findet Ihr Infos zum Trainee-Programm:
► www.igmetall.de
→ Die IG Metall

❖ **Bewerbung**

Bewerbungsschluss für 2009 ist der 5. November (Posteingang). Die Kurse beginnen 2009 im Mai und im November. Bewerbungen an:

IG Metall-Vorstand
FB Organisation und Personal, z. H.
Susanne Scholtyssek,
Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt

☞ | direkt 18 | 2008

NEUES ZENTRALES IG METALL-BILDUNGSPROGRAMM 2009

Mehr aufgabenbezogene Seminare

Das neue Bildungsprogramm 2009 orientiert sich zum einen an den wachsenden Anforderungen an Betriebsräte: mehr Wirtschaft, Finanzen, Personalentwicklung und Arbeitsorganisation. Die Ziele: Innovation stärken, Arbeit nachhaltig und altersgerecht gestalten.

❖ **Mehr Infos**

Das Bildungsprogramm kommt jetzt in die Verwaltungsstellen. Eine Übersicht liegt dieser direkt-Ausgabe bei.

► www.extranet.igmetall.de
→ Themen → Bildung

Auf der anderen Seite wurde der Bereich Mitgliederentwicklung erweitert. Der Akzent liegt hier auf der Beteiligung und Aktivierung von Beschäftigten, etwa durch Organizing-Ansätze.

In der Tarifpolitik gibt es mehr Seminare zur Gestaltung des Era-Leistungsentgelts. ■

Neuer Geldverteiler zwischen den Kassen löst keine Probleme und schafft neue

Im kommenden Jahr ändert sich einiges im Gesundheitssystem. Die gesetzlichen Krankenkassen erhalten dann ihr Geld aus dem neu eingerichteten Gesundheitsfonds.

Lange hat die Große Koalition um die Reform des Gesundheitssystems gerungen. Anfang nächsten Jahres tritt nun ein zentraler Baustein der Reform in Kraft: der Gesundheitsfonds. Er regelt die Geldströme zwischen den Krankenkassen neu. Erhob bislang jede Kasse ihre Beiträge selbst, so bekommt sie nun eine bestimmte Summe aus dem Fonds zugewiesen. Dabei speist sich der Fonds aus drei Quellen (siehe Schaubild): Steuermittel, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge.

Es ändert sich noch mehr. Bisher bestimmte jede Kasse ihren Beitragssatz selbst. Nun legt die Bundesregierung einen einheitlichen Beitrag für alle gesetzlich Versicherten fest. Er beträgt von Januar an 15,5 Prozent. Damit steigen die Kosten für viele Versicherte. Denn der durchschnittliche Beitragssatz liegt heute bei 14,9 Prozent.

Kommen die Kassen mit dem Geld aus dem Fonds nicht aus, können sie Leistungen streichen oder bei den Versicherten einen Zusatzbeitrag erheben. Der Zusatzbeitrag kann entweder pauschal acht Euro pro Monat betragen oder bis zu einem Prozent des Einkommens, maximal aber 36 Euro pro Monat.

Neu ist auch der sogenannte »morbiditätsorientierte Risikostrukturausgleich«. Dazu hat die Bundesregierung eine Liste mit 80 Krankheiten erstellt, die besonders schwerwiegend sind, chronisch verlaufen und deren Behandlung sehr viel kostet. Kassen mit überdurchschnittlich vielen kranken und älteren Mitgliedern bekommen so mehr Geld. ■

Mehr zur Gesundheitspolitik gibt es beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB):

► www.dgb.de
→ Themen von A – Z



Foto: Michael Schinke

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, zum Start des Gesundheitsfonds im kommenden Jahr:

» **Die Verantwortung für den Beitragssatz trägt die Bundesregierung. Sie hat zugelassen, dass die Kosten steigen.**«

? direkt: Was bringt der Gesundheitsfonds??

Hans-Jürgen Urban: »Wenig Licht und viel Schatten. Positiv ist, dass die Mittelzuweisung in Zukunft stärker nach dem Gesundheitszustand der Versicherten erfolgt. Damit sinkt das Interesse der Kassen, vor allem junge und gesunde Menschen zu versichern. Die Einnahmen- und Ausgabenprobleme löst der Fonds nicht. Stattdessen schafft er neue.«

? direkt: Wie beurteilst Du den jetzt festgelegten Einheitsbeitragssatz von 15,5 Prozent?

Urban: »Das ist inakzeptabel hoch. Trotzdem wird der Beitrag mittelfristig nicht ausreichen. Dann wird es für die Versicherten noch teurer. Wenn die Kassen mit den Mitteln aus dem Fonds nicht auskommen, können sie einen Zusatzbeitrag bei den Versicherten erheben. Die Arbeitgeber müssen sich an den zusätzlichen Kosten nicht beteiligen. Damit entfernt sich die Finanzierung des Gesundheitssystems immer weiter von der Parität.«

? direkt: Der Beitrag ist zu hoch und reicht trotzdem nicht?

Urban: »Die Verantwortung dafür trägt die Bundesregierung. Sie hat zugelassen, dass die Kosten für Arzneimittel seit Jahren ungebremst steigen. Und sie hat den niedergelassenen Ärzten einen kräftigen Honorarnachschlag gewährt. Gleichzeitig lässt sie zu, dass sich besonders gut verdienende Versicherte aus dem Solidarsystem verabschieden und sich privat versichern.«

? direkt: Was sind die Alternativen?

Urban: »Wir müssen der Kostensteigerungen einen Riegel vorschieben und gleichzeitig die Einnahmeprobleme lösen. Ein erster richtiger Schritt wäre es, eine Positivliste von preiswerten und wirksamen Medikamenten einzuführen. Mit der Bürgerversicherung haben wir ein Konzept zur nachhaltigen Finanzierung des Gesundheitswesens. Alle sollten pflichtversichert sein im Solidarsystem – unabhängig von der Einkommenshöhe. Und vor allem müssen die Arbeitgeber sich wieder paritätisch an der Finanzierung beteiligen. Wer die soziale Krankenversicherung als Solidarsystem erhalten will, der muss verhindern, dass Besserverdienende in die Privatversicherung fliehen.« ■

Finanzierungsströme im Gesundheitsfonds

Gesetzliche Krankenkassen

erhalten eine Pauschale pro Versicherten. Höhe richtet sich nach Alter, Geschlecht, Morbidität, bei Defizit: Zusatzbeitrag, bei Überschuss: Rückzahlung.

Gesundheitsfonds

deckt mindestens 95 Prozent der GKV-Ausgaben ab, der Rest kommt aus Zusatzbeiträgen der Versicherten.

Arbeitgeberbeiträge
Hälfte des Beitragssatzes ohne Krankengeld und Zahnersatz

Versichertenbeiträge
Hälfte des Beitragssatzes 0,9 Prozent Krankengeld, Zahnersatz

Steuermittel
2007: 2,5 Milliarden*
2015: 14 Milliarden*
*in Euro

Quelle: IG Metall

© | direkt | 18 | 2008

SOZIALFORUM MALMÖ Absage an Brüssel

Rund 12 000 Menschen diskutierten beim fünften Europäischen Sozialforum in Malmö über Klimawandel, die Nato und die Zukunft der Europäischen Union. Dabei ging es unter anderem um die geplanten Richtlinien der EU zur Arbeitszeit und zur Einwanderungspolitik. In ihrer Schlussdeklaration sprachen sich die Teilnehmer mit großer Mehrheit gegen die Brüsseler Pläne aus. ■

Mehr zum Thema unter:

► www.fse-esf.org

SPD-PARTEITAG Ende mit lautem Knall

Für Frank-Walter Steinmeier kehrt jetzt die Politik zurück. Er erklärte auf dem SPD-Sonderparteitag: »Die Herrschaft der marktradikalen Ideologie ist mit einem lauten Knall zu Ende gegangen.« Auf ihrem Parteitag wählte die SPD Steinmeier zum Kanzlerkandidaten und Müntefering zum neuen alten Vorsitzenden. Ihr Wahlprogramm will sie im Juni 2009 beschließen. Steinmeier lud auch Gewerkschaften ein, Vorschläge zu machen. ■

Stärker durch mehr Mitglieder, Beteiligung und Konflikte

Auf der Vertrauensleutekonferenz in Sprockhövel vom 9. bis 11. Oktober ging es um die Aufgaben der nächsten Jahre. Im Zentrum stand die Mitgliederentwicklung in den Betrieben als Basis zur Durchsetzung und Gestaltung.

»Die Mitgliederentwicklung ist für uns politische Aufgabe Nummer eins«, betonte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, in seiner Rede. Dabei sei eine gute Vertrauensleutearbeit entscheidend.

Der Zweite Vorsitzende Detlef Wetzel warnte davor, dass die IG Metall derzeit noch zu wenig jüngere Mitglieder hat, während die mitgliederstarken Jahrgänge bald ausscheiden. Zudem gebe es immer mehr Betriebe ohne Betriebsrat und Vertrauensleute sowie Betriebe mit niedrigem Organisationsgrad. Wetzel rief auf, Konzepte zu erarbeiten, um auch in Zukunft »wirkungsvoll und nachhaltig handeln« zu können.

In zwölf Arbeitsgruppen tauschten die Vertrauensleute Erfahrungen aus und diskutierten



Material

Alle Materialien, Programm, Reden und die Ergebnisse aus den zwölf Arbeitsgruppen der 19. bundesweiten Vertrauensleutekonferenz in Sprockhövel gibt es im Extranet:

► www.extranet.igmetall.de

igmetall.de

→ Aktive

→ Vertrauensleute

→ Vertrauensleutekonferenz 2008

über Lösungen. Die Themen reichten von beteiligungsorientierter Betriebspolitik, Gestaltung von guter Arbeit und der Qualifizierung von Vertrauensleuten, bis hin zum Widerstand gegen Rechts im Betrieb und die Rente mit 67. In den Arbeitsgruppen kamen auch konkrete Konzepte heraus, etwa wie Ingenieure spezifisch und offensiv anzusprechen sind.

Die Diskussion im Plenum war geprägt von Tarifrunde und Finanzkrise. Hier wurde klar: Trotz Finanzkrise ist die Lage gut. Die acht Prozent stehen.

Eine Debatte entbrannte um die Rente mit 67. Wie soll sie im Bundestagswahlkampf thematisiert werden? Huber verwies darauf, dass die IG Metall ein Gesamtkonzept für das Wahljahr 2009 braucht. ■

Gut gemacht!

Vertrauensleute-Bildung mit Plan und Bildungsberater

Bei VW in Baunatal gibt es für alle 650 Vertrauensleute Bildungsberatung, Planung und Seminare nach Bedarf.

Etwa 1000 Beratungsgespräche im Jahr führt Jörg Ebert. Er ist freigestellter Bildungsberater bei VW Baunatal. In den Gesprächen geht es um sinnvolle Seminare und Qualifizierungswege für Vertrauensleute, aber auch für normale Beschäftigte.

Die Vertrauenskörperleitung hat nach Erhebung des Bildungsstands und -bedarfs der

Vertrauensleute eine Datenbank für die Bildungsplanung aufgebaut. Danach macht Jörg Ebert Vorschläge: Grundlagenseminare vor Ort – oder weiterführende Seminare in den IG Metall-Bildungsstätten.

»Unser Ziel ist, dass alle Vertrauensleute wenigstens ein Grundlagenseminar während einer Legislaturperiode ma-

Material

Konzepte und Arbeitshilfen zur Bildungsberatung und -planung gibt es im Extranet:

► www.extranet.igmetall.de

igmetall.de

→ Themen → Bildung

→ Referenten

→ Seminarkonzepte

→ Bildungsberatung

chen. Damit sie fit sind für die Arbeit und die Mitgestaltung im Betrieb«, erklärt Ebert.

Knapp 100 Vertrauensleute bei VW Baunatal nutzten im laufenden Jahr Seminare nach dem Bildungsurlaubsgesetz. Bildungsurlaub gibt es in den meisten Bundesländern, außer in Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen. ■

ARBEITSUNFALL

Auch bei Reparaturen am eigenen Auto versichert

Wer auf dem Weg zur Arbeit sein Auto repariert und dabei verunglückt, ist auch in diesem Fall versichert. Ein Beschäftigter hatte auf dem Weg zum Betrieb Schleifgeräusche an seinem Auto gehört. Er hielt an und bockte den Wagen auf. Als er unter das Auto schaute, gab der Wagenheber nach, und der Wagen klemmte den Mann ein. Er erlitt eine Schädelbasisfraktur.

Der Versicherer lehnte es zunächst ab, den Arbeitsunfall anzuerkennen. Instandhaltungsarbeiten am eigenen Wagen seien nicht versichert. Das Bundessozialgericht vertrat dagegen die Auffassung, dass Reparaturen am Fahrzeug unter Versicherungsschutz stehen, wenn der Weg zur Arbeit nur so fortgesetzt werden kann. ■

BSG vom 4. September 2007 – B 2 U 24/06 R

ANSPRÜCHE

Ausschlussfristen gelten auch einzeln

Eine einzelvertragliche Ausschlussfristenregelung, wonach Ansprüche aus einem Arbeitsverhältnis innerhalb von drei Monaten nach Fälligkeit schriftlich geltend gemacht werden müssen, ist wirksam. Diese Regelung bleibt auch dann bestehen, wenn in einer zweiten Stufe eine zu kurze Frist vorgesehen wurde, um die Ansprüche vor Gericht geltend zu machen.

Dazu muss allerdings die Klausel über die Ausschlussfristen teilbar sein, und sie muss auch ohne die zweite Stufe sinnvoll und verständlich bleiben. ■

BAG vom 12. März 2008 – 10 AZR 152/07

Zum guten Schluss

Internet

Betriebsräte müssen sich bei ihrer Arbeit zu jeder Zeit auch über das Internet informieren können. Mit dieser Begründung widersprach das LAG Berlin-Brandenburg einem Arbeitgeber, der seinem Betriebsrat den Zugang zum Internet verweigert hatte. Laut § 40 Abs. 2 BetrVG muss der Arbeitgeber Kommunikationsmittel im erforderlichen Umfang zur Verfügung stellen. Dazu gehört auch das Internet. Das LAG hat Rechtsbeschwerde beim Bundesarbeitsgericht zugelassen. ■

LAG Bremen vom 17. Juni 2008 – 1 Sa 29/08

Buchtip

Der neue Basiskommentar »**Tarif- und Arbeitskampfrecht**« ist erschienen. Berg/Platow/Schoof/Unterhinnighofen: Tarifvertragsgesetz und Arbeitskampfrecht, Basiskommentar, 2. Auflage, Bund-Verlag, 2008
► www.bund-verlag.de

KÜNDIGUNG

Zugesagte Abfindung muss gezahlt werden

Nach einer betriebsbedingten Kündigung haben Beschäftigte keinen Mindestanspruch auf eine Abfindung. Der Anspruch auf eine Abfindung in Höhe eines halben Monatseinkommens pro Beschäftigungsjahr nach § 1a Kündigungsschutzgesetz setzt voraus, dass der Arbeitgeber im Kündigungsschreiben auf den gesetzlichen Anspruch hingewiesen hat, und der Arbeitnehmer auf eine Klage verzichtet.

Stellt der Arbeitgeber eine geringere Abfindung in Aussicht, so besteht auch nur ein Anspruch in dieser Höhe. Darüber hinaus gilt § 1a Kündigungsschutzgesetz auch bei einer betriebsbedingten Änderungskündigungen wenn der Beschäftigte die Änderung ablehnt. ■

BAG vom 13. Dezember 2007 – 2 AZR 663/06

BETRIEBSRAT

Eine Schreibmaschine reicht nicht mehr aus

Betriebsräte haben Anspruch auf einen Computer. Eine Schreibmaschine mit Korrekturband reicht nicht aus. Das entschied das Bundesarbeitsgericht (BAG).

Eine Drogeriemarktkette hatte ihrem Betriebsrat lediglich eine Schreibmaschine zur Verfügung gestellt. Da der Betriebsrat für 30 Filialen zuständig war, musste er zahlreiche Schriftstücke erstellen. Das BAG begründete seine Entscheidung damit, dass die Arbeit mit der Schreibmaschine deutlich mehr Zeit kostete und alle Verkaufsleiter der Drogeriemarktkette über einen Computer verfügen. ■

BAG vom 16. Mai 2007 – 7 ABR 45/06

EINGLIEDERUNG

Ohne Beteiligung des Betriebsrats läuft nichts

Krankheitsbedingte Kündigungen können unwirksam sein, wenn der Arbeitgeber den Betriebsrat nicht an einem betrieblichen Eingliederungsmanagement beteiligt hat. Nach § 84 Abs. 2 Sozialgesetzbuch IX muss der Arbeitgeber überprüfen, ob und wie er Zeiten der Arbeitsunfähigkeit verringern kann. Dabei muss er den Betriebsrat beteiligen. Tut er das nicht und hätte das Eingliederungsmanagement im Fall der Mitwirkung des Betriebsrats Aussicht auf Erfolg gehabt, kann der Arbeitgeber sich nicht darauf berufen, die Weiterbeschäftigung eines Arbeitnehmers sei für ihn unzumutbar. Die krankheitsbedingte Kündigung ist in diesem Fall sozial nicht gerechtfertigt. ■

Arbeitsgericht Marburg vom 11. April 2008 – 2 Ca 466/07

ARBEITSLOSENGELD II

Kontoauszüge dürfen geschwärzt werden

Wer Arbeitslosengeld II beantragt, muss Kontoauszüge der letzten drei Monate vorlegen. Das Bundessozialgericht wies die Klage eines Münchner Arbeitslosen ab. Der Mann hatte sich geweigert, Kontoauszüge vorzulegen. Er hatte bereits Leistungen erhalten und verwies darauf, dass sich sein Einkommen nicht verändert hat. Das Gericht bestätigte dagegen die gängige Praxis vieler Behörden. Antragsteller dürfen jedoch Vermerke schwärzen, aus denen politische, religiöse oder ähnliche Präferenzen hervorgehen. Dazu zählen Beiträge zur Gewerkschaft. ■

BSG vom 19. September 2008 – B 14 AS 45/07 R

❖ Stellenangebote

Die IG Metall-Verwaltungsstelle **Olsberg** sucht für eine unbefristete Vollzeitstelle ab dem 1. Februar 2009 eine/n **politische/n Sekretär/in**.

Die Bewerbungsfrist endet am 24. November. ■

Mehr Infos und Kontakte:

► www.extranet.igmetall.de

→ IG Metall

→ Stellenausschreibung

❖ Material

»**fairliehen?**« ist ein IG Metall-Ratgeber für Beschäftigte in Leiharbeit. Zur deutschen Version gibt es die Broschüre auch in türkischer, russischer und englischer Sprache als PDF zum Herunterladen. ■

► www.extranet.igmetall.de

→ IG Metall

→ Kampagne Leiharbeit

→ Broschüren

»**Die Fusion- und Übernahmekontrollverordnung der Europäischen Kommission**« lautet der Titel einer Broschüre des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes (EMB). Sie gibt einen Überblick über die Möglichkeit von Arbeitnehmervertretern, im Rahmen des EU-Fusionskontrollverfahrens von der Kommission angehört zu werden. Die Handlungshilfe enthält außerdem praktische Ratschläge zur Vorgehensweise. ■

► www.extranet.igmetall.de

→ Aktive → Eurobetriebsrat

→ Materialien

»**Umsteuern – Gute Gründe für ein Ende des Ehegattensplittings**«, so der Titel einer Analyse der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie zeigt auf, warum das Ehegattensplitting traditionelle Geschlechterrollen zementiert und Ungleichheiten schafft. Ebenso stellt die Broschüre verfassungskonforme Alternativen vor. ■

► www.extranet.igmetall.de

→ Themen → Gleichstellung

Leserbriefe

❖ direkt 16/2008, Altersteilzeit »Weiter flexibel in Rente«:

»Der neue Vertrag in Baden-Württemberg wird über alle Maßen gelobt, und schon geht kein Wort der Kritik mehr an der ›Rente mit 67‹ verloren. Doch die Beschlusslage des Gewerkschaftstags ist eindeutig: Kritik an der Erhöhung des Eintrittsalters und die Forderung, nach 40 Versicherungsjahren mit 60 Jahren ohne Abschlüsse in Rente gehen zu können. Beschlossene Gesetze können zu Fall gebracht werden. Wenn wir jetzt tiefstapeln und auf weitere Forderungen verzichten, wirken wir der Kampffähigkeit der IG Metall nur entgegen.«

Birgit Schumann, Betriebsrätin, Hella, Recklinghausen

Sagt uns Eure Meinung!

Ob Lob oder Kritik, Themenwünsche oder Anregungen: Die Redaktion freut sich über jede Zuschrift: Schreibt uns per E-Mail:

► direkt@igmetall.de

❖ direkt 16/2008, »Die neue direkt bietet mehr Service und bessere Lesbarkeit«:

»Die neue Ausgabe macht einen erfrischenden Eindruck und ist in der Tat sehr informativ. Die Feststellung, dass die neue direkt als Arbeitshilfe, Ideengeber und Ratgeber für die betriebliche Arbeit dienen soll, ist sicher sehr wichtig. Als Anregung möchte ich darauf hinweisen, dass es auch eine außerbetriebliche Arbeit in der IG Metall gibt. Ich würde mir wünschen, wenn Ihr auch für diesen Bereich einen Platz finden würdet.«

Herbert Uhr, Pulheim, Seniorenarbeitskreis der IG Metall Köln-Leverkusen und Mitglied der Delegiertenversammlung



Karikatur: Harm Bengen